



1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
[Drucksache 14/4600](#)
erste Ergänzung
[Drucksache 14/5200](#)
zweite Ergänzung
[Drucksache 14/5350](#)

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 14/5500 - 14/5506,
14/5508, 14/5510 - 14/5515 und 14/5520

In Verbindung mit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht
2008

[Drucksache 14/4601](#)

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008

Gesetzentwurf
der Landesregierung
[Drucksache 14/4602](#)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
[Drucksache 14/5517](#)

Wir kommen jetzt zum **Einzelplan 04:**

Justizministerium

Bevor ich die Beratung eröffne, weise ich noch darauf hin, dass es hierzu eine Beschlussempfehlung und einen Bericht [Drucksache 14/5504](#) sowie Änderungsanträge der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gibt, die Ihnen mit den laufenden Nummern 44 bis 46 vorliegen.

Ich habe Wortmeldungen und eröffne die Debatte mit dem Wortbeitrag des Kollegen Sichau für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Justizhaushalt zu reden, heißt auch, darüber zu reden, was in diesem Haushaltsplan nicht steht. Das ist das, was diese Regierung noch im März 2005 versprochen hat.

Und darauf hat erst noch am 15. November dieses Jahres der Deutsche Richterbund, dessen Vorsitzende die jetzige Justizministerin bis 2005 war, ganz deutlich hingewiesen. Der Ministerpräsident ist aufgefordert worden, Wort zu halten.

„Noch in der Opposition“

so lautet das Zitat,

„hat die CDU in ihren Bochumer Beschlüssen zur Landtagswahl vom März 2005 erklärt: ‚Der Abbau von Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen wird sofort gestoppt‘. Tatsächlich will die Regierung aber genau Stellen abbauen, deren Erhalt sie vorher zugesagt hat. Im Jahre 2008 sollen 78 Richter- und Staatsanwaltschaftsstellen gestrichen werden. Insgesamt sollen in der Justiz“

– da ist allerdings der nichtrichterliche Dienst einbegriffen –

„über 1.000 Stellen gestrichen werden.“

Da helfen auch keine wegfallenden kw-Vermerke. Das sind Versprechungen, die Sie bis 2010 verfolgen werden. Und Sie werden sie nicht umsetzen können. Sie haben schlichtweg etwas versprochen, was Sie nicht halten können.

(Beifall von der SPD)

Wir nennen das politische Bipolarität, früher nannte man das Schizophrenie.

Die Quittung ist gekommen. Es gab eine große Demonstration in einem Filmtheater hier nebenan. Das war die größte in der Bundesrepublik nach dem Krieg, und dort wurde noch einmal dargestellt, dass Sie etwas versprochen und nicht gehalten haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir haben zum Warnschussarrest diskutiert – nicht allein hier in Düsseldorf, sondern auch in Berlin. Dabei ist herausgekommen, dass alle Fachleute dieses Mittel für untauglich halten, zumindest seine Tauglichkeit bezweifeln.

(Widerspruch von Harald Giebels [CDU] und Dr. Robert Orth [FDP])

– Das ist so. Schauen Sie sich doch an, Herr Dr. Orth – Sie waren doch in Berlin –, was die Experten dazu gesagt haben, und zwar sehr dezidiert. Sie haben dann noch gesagt, dass das die Krone des Ganzen war. Wenn man es nun gegen alle Bedenken machen würde, dann wäre man nicht sicher, dass dieser Warnschussarrest auch zielgerichtet eingesetzt würde. – Das war sozusagen die Spitze der Gegenargumentation. Ich darf das in Erinnerung rufen.

Aber das Ganze ist auch gar nicht diskussionsfähig, weil es dafür keine Kapazitäten gibt, auch wenn Frau Müller-Piepenkötter sagt, sie habe für den Arrest Gerresheim ans Netz gebracht. – Das war gut und richtig; das will ich überhaupt nicht bestreiten. Sie müssen dann aber auch den anderen Teil nennen, nämlich den, dass dadurch Plät

Seite 8888

ze im Erwachsenenvollzug weggefallen sind, die Ihnen heute bitter fehlen, was Sie hier auch beklagen. Dies muss man natürlich hinzufügen.

Dann geht es munter weiter mit der Zusammenlegung von Amtsgerichten. Wir haben hier darüber diskutiert. Wir haben im Rechtsausschuss nachgefragt: Was sind die finanzwirtschaftlichen Folgerungen? Die Berechnung ist angekündigt worden, ist aber bis heute noch nicht eingegangen. Es gibt keine belastbaren finanzwirtschaftlichen Zahlen.

Eine Zahl ist allerdings beispielhaft klar: Die Zusammenlegung der Amtsgerichte in Herne, sprich Herne-Mitte und Herne-Wanne, wird zusätzlich 300.000 € kosten. Das ist Konsolidierung der negativen Art. Dort werden Strukturen zerschlagen, die gut und richtig sind. Dafür nimmt man dann noch Mehrkosten in Kauf. Das ist für uns nicht in Ordnung.

(Beifall von der SPD)

Wir haben zusammen mit den Grünen einen Änderungsantrag inklusive Deckung gestellt. Es geht uns um die Aufstockung von Mitteln für die externe Suchtberatung.

Auch wenn Sie immer wieder das Gegenteil beteuern: Sie waren diejenigen, die diese Suchtberatung zurückgefahren haben. Allerdings haben Sie dann wieder Aufstockungen vorgenommen – das bestreitet niemand –, nur der alte Stand ist längst nicht erreicht.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Stundensätze!)

– Ja, da wollen wir die Rechnung noch genauer sehen, was die Stellen betrifft. Sie rechnen immer nach dem Motto: Wir haben mehr Stunden.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Nein!)

Ich gehe gleich gerne noch auf Ihre Zwischenbemerkung ein. Aber was die Stellen betrifft, ist das nicht der Fall. Hier muss man weiter aufforsten, denn das ist ein sehr wirksames Mittel gegen den Belegungsdruck in Justizvollzugsanstalten.

Jetzt noch etwas, Frau Müller-Piepenkötter, zu Ihrer Zwischenbemerkung. Sie geben jetzt Stundensätze für die Gespräche mit Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten, aber der Vor- und Nachlauf dieser Arbeit – es müssen Berichte geschrieben werden, Leute müssen dort hinkommen –

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Alles drin!)

ist in dem Stundensatz nicht enthalten,

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Doch!)

es sei denn, Sie würden das als Fallpauschale bezeichnen. Das müsste man allerdings auch so tun. Denn wenn ich Stundenverrechnungssätze habe, dann muss ich das auch realistisch einschätzen oder ich muss das entsprechend präzise benennen.

(Zuruf von Harald Giebels [CDU])

Wir haben – das will ich an dieser Stelle noch erwähnen – über die Größe von Jugendjustizvollzugsanstalten gesprochen. Auch in einer Haushaltsdebatte darf es

nicht fehlen, weil Mietmittel dafür eingesetzt und verausgabt werden, dass wir nach wie vor die Erweiterung der Justizvollzugsanstalt in Heinsberg für zu weitgehend halten. Es ist gut, dass Sie in Wuppertal eine Justizvollzugsanstalt für männliche Jugendliche errichten wollen, aber auch diese ist mit 500 Plätzen nach unserer Auffassung zu groß.

Allerdings begrüßen wir – das muss man bei einer differenzierteren Betrachtungsweise natürlich dazusagen –, dass die Trennung des Vollzugs erfolgen wird, dass in Wuppertal dann Jugendliche in U- und Strafhäft sind, die ansonsten auch in Erwachsenenvollzugsanstalten wie Köln oder Wuppertal untergebracht sind, was zumindest Probleme mit den entsprechenden Gesetzen bereiten kann.

Es ist – das wiederhole ich noch einmal – auch nicht hinnehmbar, dass jugendliche weibliche Strafgefangene in der großen JVA Köln sind. Da ist eine eigenständige JVA erforderlich. Aber das geht natürlich über den Haushaltsplan für 2008 hinaus.

Wir haben zumindest die Hoffnung oder – besser – wir wagen es, zu bitten, den einzigen Änderungsantrag, den wir hier gestellt haben, zu unterstützen. Ansonsten – ich habe das auch schon im Rechtsausschuss ausgeführt – ist der Haushaltsplan für uns nicht zustimmungsfähig. Denn – damit kehre ich zum Eingang meiner Rede zurück – darin steht nicht, was Sie 2005 versprochen haben. Das muss deutlich sein. Deswegen habe ich das hier ganz klar gesagt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau.